

COP30: Soziale Bewegungen und internationale Bündnisse gegen globalen Rohstoffwahn

von [Maureen Zelaya Paredes](#), [Pedro Ramiro](#), 18. November 2025,

Während in Belém leere Versprechungen wiederholt werden, setzen sich zahlreiche soziale, indigene und Umweltbewegungen in verschiedenen Foren für eine internationalistische Agenda gegen den Rohstoffabbau und für Klimagerechtigkeit ein.

In Belém herrscht reges Treiben. Einerseits auf dem offiziellen Gipfel, der gestern [10. November] eröffnet wurde und auf dem zwei Wochen lang Delegationen aus verschiedenen Ländern darüber debattieren werden, ob Fortschritte in Bezug auf Klimaschutz, Finanzierung und Mechanismen für einen gerechten Übergang erzielt werden können. Andererseits in den verschiedenen Foren und Treffpunkten, in denen Organisationen und soziale Gruppen aus aller Welt, insbesondere aus Lateinamerika, derzeit versuchen, internationalistische Allianzen wiederzubeleben, um der globalen Offensive des Extraktivismus entgegenzutreten.

In Wirklichkeit kann man vom offiziellen Gipfel nicht viel erwarten. Seit zu langer Zeit sind die COPs zu einem Ritual geworden, bei dem die führenden Persönlichkeiten der Welt – diesmal nicht einmal diejenigen aus den Ländern mit den höchsten Emissionen: China, Vereinigte Staaten, Indien und Russland – feierliche Absichtserklärungen abgeben und neue Mechanismen anpreisen, die nach dem Ende des Gipfels keine wirksame Umsetzung in Zeitplänen und Budgets finden. „Wir wollen keinen Marktplatz für ideologische Produkte, wir wollen etwas sehr Ernsthaftes und dass die Entscheidungen auch tatsächlich umgesetzt werden“, sagte der brasilianische Präsident und räumte damit die Wirkungslosigkeit von Gipfeln ein, die zwischen Greenwashing und Business as usual schwanken.

In den anderen Tagungsräumen gibt es jedoch Anlass zu neuer Hoffnung. Parallel zur COP 30 – man könnte auch sagen: in Opposition zum offiziellen Gipfel – haben sich in Belém eine Vielzahl von indigenen, Umwelt-, Gewerkschafts-,

feministischen und antikapitalistischen Organisationen und Bewegungen versammelt, um Strategien zu überdenken und internationale Gremien zu reaktivieren, um die Prozesse des Kampfes und des Widerstands zu stärken. Aus den Erfahrungen des Weltsozialforums gelernt und mit dem Ziel, die Widersprüche progressiver Regierungen zu überwinden, geht es darum, Prozesse der Selbstorganisation von Gemeinschaften zu fördern, die das soziale Gefüge wiederaufbauen und über die ständigen Forderungen an den Staat hinausblicken.

Die Volkskonferenzen

Die Volkskonferenzen finden seit dreißig Jahren im Rahmen der von den Vereinten Nationen geförderten Klimakonferenzen statt. Nach drei COP-Konferenzen in Ländern, die durch die Kriminalisierung des Rechts auf Protest und die Verfolgung von Aktivisten und regierungskritischen Organisationen gekennzeichnet sind, ist in diesem Jahr ein erneutes Interesse sozialer Gruppen an diesem Forum zu beobachten. Auf dem Volksgipfel in Belém werden sich Vertreter:innen von mehr als 1.200 Organisationen aus aller Welt um ein Ziel versammeln: „Die Mobilisierung der Bevölkerung zu stärken und sich auf einheitliche Ziele zu einigen: sozio-ökologisch, anti-patriarchalisch, antikapitalistisch, antikolonialistisch, antirassistisch und auf Menschenrechten basierend“, wie es im Manifest heißt.

Der Volksgipfel beginnt morgen, am 12. November, mit einem „Marsch“ von mehr als 200 Booten, die etwa 5.000 Menschen befördern. Mit dieser nautischen Karawane schließen sich die an diesem alternativen Gipfel teilnehmenden Bewegungen zusammen, „um ihre Stimmen über das Wasser hinweg zu erheben und gegen die COP-Entscheidungen zu protestieren, die dieses Modell der territorialen Ausbeutung aufrechterhalten“. Wie eine der Sprecherinnen der Initiative sagte: „Die Gewässer des Amazonas bringen die Stimmen, die die Welt hören muss: die Stimmen der Menschen, die das Leben, das Land und das Klima verteidigen.“

Die Dutzenden von Vorträgen, Workshops und Versammlungen, die im Rahmen des Volksgipfels an vier Tagen stattfinden, werden ihren Höhepunkt am Samstag, dem 15. November, mit einer großen Demonstration finden, begleitet von dezentralen Aktionen in vielen anderen Ländern. Am Sonntag, dem 16. November, werden die Forderungen des Volksgipfels auf der Plenarsitzung der COP vorgestellt.

Bei dieser Veranstaltung, der größten aller Veranstaltungen, die Aktivist:innen und soziale Organisationen rund um die COP 30 zusammenbringen, wird eines der Themen, das zweifellos zur Debatte stehen wird, die Beziehung der verschiedenen sozialen Bewegungen zu progressiven Regierungen sein. Vor nur drei Wochen erhielt das staatliche Unternehmen Petrobras von der Regierung Lula die Genehmigung, Öl in tiefen Gewässern etwa 500 km von der Mündung des Amazonas entfernt zu fördern. In einer Stadt, die zu diesem Anlass mit Tausenden von bunten Werbeplakaten geschmückt ist, die die Bedeutung des Schutzes des Amazonas hervorheben, wird die Kluft zwischen der üblichen Rhetorik des grünen Kapitalismus und der immer wieder aufgeschobenen Dringlichkeit einer Transformation der Rohstoff-Export-Matrix einmal mehr deutlich werden.

Dieses Forum ist jedoch keineswegs das einzige, das in Belém außerhalb der von der brasilianischen Regierung geförderten Initiativen stattfindet. Vom 8. bis 11. November fand das II. Lateinamerikanische und Karibische Ökosozialistische Treffen statt, bei dem sich zweihundert Basisaktivisten aus sehr unterschiedlichen Ländern trafen, um auf der Grundlage der Erfahrungen aus den Kämpfen gegen die Landraubwirtschaft über Strategien zur Stärkung einer gemeinsamen internationalistischen Front nachzudenken, die sich der sozioökologischen Krise stellen kann. Gleichzeitig fand vom 7. bis 12. November das IV. Internationale Treffen der von Staudämmen betroffenen Menschen statt, das Ergebnis eines internationalen Koordinierungsprozesses von Gemeinschaftskämpfen gegen große Kraftwerke und Elektrizitätsunternehmen, der seit drei Jahrzehnten besteht.

Völker gegen Extraktivismus

Auf einem Planeten, der in einer Klimakrise und extremer Ungleichheit versunken ist, die durch das Kapitalozän (und durch eine Politik, die den Kapitalismus grünwäscht) verursacht wurden, haben sich Stimmen aus verschiedenen Widerstandsbewegungen gegen das extraktivistische Modell zur Koalition „Völker gegen Extraktivismus“ zusammengeschlossen. Dieser Raum wurde am 9. November in Belém eingerichtet, um Bewegungen, Gemeinschaften und Organisationen zu vereinen und zu koordinieren, die sich mit Enteignung konfrontiert sehen und sich für eine tiefgreifende Transformation des Systems einsetzen, das Leben und Land bedroht.

Dieses internationale Netzwerk hat vor allem Erfahrungen aus Lateinamerika und

Europa integriert, ist jedoch bestrebt, seine Präsenz auf dem afrikanischen Kontinent auszubauen. Die Koalition besteht aus Basisbewegungen, indigenen Völkern, Nachfahren afrikanischer Sklav:innen sowie Bauern und Bäuerinnen, sowie verschiedenen sozialen Massenorganisationen. Sie alle kämpfen an verschiedenen Fronten gegen denselben Feind: das extraktivistische Modell, das die fortwährende Ausbeutung gemeinsamer Ressourcen und die Ausweitung der Produktionsgrenzen auf als „unproduktiv“ geltende Gebiete perpetuiert. Es beschränkt sich nicht auf Bergbau oder Öl, sondern umfasst auch Monokulturen, Agrarindustrie, Biokraftstoffe und Energie-Megaprojekte, die ein abhängiges Modell festigen und eine Rückkehr zu Rohstoffexporten in peripheren Volkswirtschaften bewirken.

Für dieses Netzwerk ist Extraktivismus nicht nur eine wirtschaftliche Praxis, sondern eine Form der Machtorganisation innerhalb liberaler Demokratien und ein Herrschaftsmechanismus, der das Leben von Gemeinschaften bestimmt. In dieser neuen Phase der kapitalistischen Akkumulation wird die Enteignung von Völkern und ihren Territorien – die zynischerweise zu Opferzonen gemacht werden – durchgesetzt, nun gerechtfertigt im Namen der Energiewende. Im „grünen Militärkapitalismus“ konkurrieren die Europäische Union, die Vereinigten Staaten und China um die Kontrolle über die Mineralien, die für die Aufrechterhaltung des wirtschaftlichen Stoffwechsels des kapitalistischen Zentrums von grundlegender Bedeutung sind. In diesem beschleunigten Wettlauf um den Zugang zu den wichtigsten Rohstoffen, der keinen wirklichen Fortschritt im ökosozialen Wandel darstellt, ist der Bergbau derzeit der gewalttätigste Ausdruck des Extraktivismus: Militarisierung, Zwangsumsiedlungen, Rassismus, Kriminalisierung und sogar Morde an denen, die die Gemeingüter verteidigen.

Die Allianz „Peoples Against Extractivism“ argumentiert, dass der Schutz von Lebensräumen und Ökosystemen untrennbar mit dem Kampf gegen die neokoloniale extraktivistische Offensive verbunden ist. Dieser Internationalismus beginnt mit der Unterstützung der Völker Ecuadors, Panamas und Perus, wo die staatliche Repression in den letzten Monaten mit willkürlichen Verhaftungen, Militarisierung von Gemeinden und gerichtlicher Verfolgung von Umwelt- und Sozialaktivist:innen zugenommen hat, und mit der Anprangerung dieser Maßnahmen. Gleichzeitig baut sie angesichts der sich ausweitenden Rohstofffront auf der Schaffung von Alternativen von Grund auf auf.

Territoriale Widerstände werden zur Verteidigung von Wasser, Land und den

Menschen, die dort leben, organisiert und artikulieren verschiedene Kämpfe und Forderungen. In Ecuador haben Amazonas-Gemeinden Ölprojekte gestoppt; in Panama gelang es der Volksbewegung nach wochenlangen Mobilisierungen, eine Bergbaukonzession zu verhindern; in Peru halten Bauernpatrouillen die kollektive Verteidigung der gemeinsamen Ressourcen aufrecht. Diese Prozesse machen das Recht auf Widerstand zu einer gemeinsamen Praxis gegen den neokolonialen Rohstoffabbau.

Der Planet und seine Gemeinschaften können nicht weiter auf den guten Willen von Regierungen warten, die den Rohstofffrausch fördern. Angesichts der Enteignung von Land, der Militarisierung und der Straffreiheit von Unternehmen zielt dieses internationalistische Netzwerk darauf ab, die Verteidigung des Landes als lebendigen Körper zu stärken, denn Land ist keine Ressource: Es ist die materielle Grundlage des Lebens der Gemeinschaften und der Natur, die es beherbergt, und im Falle der indigenen Völker auch die spirituelle Grundlage des Lebens. Darüber hinaus haben wir das Recht auf Widerstand, Selbstverteidigung und Selbstbestimmung der Völker als Säulen der ökologischen und sozialen Gerechtigkeit. Und der Aufbau von gemeinschaftsbasierten Alternativen, wie Solidarwirtschaft, Selbstverwaltung, feministische und agroökologische Netzwerke und viele andere von Basisorganisationen geförderte Praktiken, ist unerlässlich.

Die Stärkung transnationaler anti-hegemonialer Netzwerke ist der Schlüssel, um der Macht der Konzerne entgegenzutreten und eine Zukunft in Würde und Klimagerechtigkeit zu erreichen. Wie Pueblos contra el Extractivismo (Völker gegen den Extraktivismus) in seinen Argumenten bekräftigt: Unsere Territorien stehen nicht zum Verkauf, sie müssen verteidigt werden.

11. November 2025

*Übersetzt von David Fagan für **International Viewpoint** aus **El Salto**.*

Der Bericht erschien in [International Viewpoint](#), wurde von uns automatisiert ins Deutsche übersetzt und auf grobe Fehler durchgesehen.